

Bericht des Regierungspräsidiums

Autor(en): **Lohner / Tschumi / Merz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1924)**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

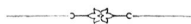
Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1924.



Bericht des Regierungspräsidiums.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Lohner**.
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **Tschumi**.
Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **Tschumi**.
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **Merz**.

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden eine kantonale und eine eidgenössische Volksabstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmung.

Am 19. Oktober kamen zur Abstimmung die Entwürfe zu einem Gesetz betreffend Errichtung einer bernischen Kreditkasse zur Beschaffung von Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zu einem Gesetz betreffend die Vereinfachung der Bezirksverwaltung. Die erstere Vorlage wurde mit 30,907 gegen 17,108 Stimmen und die zweite mit 25,782 gegen 22,404 Stimmen angenommen. Stimmberechtigt waren 179,414 Bürger; Gesamtzahl der Stimmenden 48,686, was einer Beteiligung von 27,14 % entspricht.

B. Eidgenössische Volksabstimmung.

Sie fand am 17. Februar 1924 statt und betraf den Entwurf zu einem B. G. betreffend Abänderung von Art. 41 des Fabrikgesetzes. Im Kanton Bern wurde die

Vorlage von 58,425 Stimmen angenommen und von 72,610 Stimmen verworfen. Stimmbeteiligung: 73,17 %.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als *Ständeräte* wurden für die Amtsdauer vom 1. Dezember 1924 bis und mit 30. November 1925 vom grossen Rate am 26. November 1924 gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprecher P. Charmillot in St. Immier.

In der bernischen Delegation des *Nationalrates* traten keine Veränderungen ein.

Grosser Rat.

Infolge von Todesfall wurde ein Sitz und infolge von Rücktritten wurden 7 Sitze frei, die durch Nachrücken von Ersatzmännern resp. durch Ergänzungswahlen neu besetzt wurden. — Der Rat hielt vier Sessionen mit insgesamt 38 Sitzungen ab. Folgende wichtigeren Geschäfte wurden behandelt:

1. Vorlagen, welche der Volksabstimmung unterliegen. Gesetz betreffend Vereinfachung der Bezirksverwaltung (erste und zweite Beratung). Gesetz betreffend Revision des Steuergesetzes (erste und zweite Beratung). Gesetz über die Fischerei (erste Beratung). Volksbegehren betreffend Abänderung von Art. 19 der Staatsverfassung.

2. Dekrete. Revision der Dekrete betreffend den Verkehr mit Motorfahrzeugen und betreffend die Automobilsteuer, Dekret über die Gewerbegerichte, Dekret betreffend das kantonale Arbeitsamt, Dekret betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen der Besoldungsdokrete.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden 14 Motionen behandelt und 17 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Als andere wichtigere Geschäfte seien erwähnt: die Vorlagen betreffend Übernahme von Wertpapieren der Kantonalbank durch den Staat, die Vorlage betreffend Aufnahme des Personals des Inseleospitals in die Hilfskasse, der Beschluss betreffend den Ausbau des Strassennetzes im Hinblick auf den Automobilverkehr.

5. Unerledigte Geschäfte. Ausser dem Gesetz über die Fischerei sind keine grösseren Geschäfte unerledigt geblieben.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amte als Regierungspräsident Justizdirektor Lohner, als Vizepräsident Dr. H. Tschumi, Direktor des Innern. — Auf den 1. Juni, als Beginn des neuen Verwaltungsjahres, übernahm Regierungsrat Dr. H. Tschumi das Regierungspräsidium, während Unterrichtsdirektor L. Merz als Vizepräsident gewählt wurde.

Das abgelaufene Jahr darf vom Standpunkt der Verwaltung aus als ein normales bezeichnet werden, das sich nicht durch ausserordentliche Ereignisse bemerkbar machte. Als die wenigst erfreuliche Erscheinung muss bezeichnet werden die Andauer der gespannten Lage der Staatsfinanzen. Mit dieser Tatsache hatte der Regierungsrat sich oft zu beschäftigen; sie war bestimmend für die Beobachtung möglicher Sparsamkeit im Staatshaushalt. Über die Durchführung von *Sparmassnahmen* hier eingehend zu berichten, halten wir nicht für notwendig, nachdem der Grosse Rat in der Septembersession dieses Jahres eine Spar- und Vereinfachungskommission eingesetzt hat, vor deren Forum diese Massnahmen besonders behandelt werden sollen.

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahre 116 Sitzungen ab, in denen insgesamt 6200 Geschäfte behandelt wurden.

Bezirksbeamte.

Anfangs Februar starb der langjährige Regierungstatthalter von Nidau, Notar Fritz Schwab; die Amtsverrichtungen dieser Beamtung gingen hierauf an den Gerichtspräsidenten über.

Durch Ersatzwahlen neu besetzt wurden die Stellen der Gerichtspräsidenten von Büren, Moutier, Seftigen und Erlach. Die verwaiste Stelle des Betriebs- und Konkursbeamten von Aarberg wurde durch Volkswahl

dem Gerichtsschreiber des genannten Amtsbezirks übertragen. Die Ersatzwahl eines Amtsrichters fand statt im Amtsbezirk Wangen; erledigte Amtsgerichtsuppleantenstellen wurden neu besetzt in den Amtsbezirken Courtelary, Fraubrunnen und Seftigen.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der *Staatskanzlei* geben folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Geschäfte . . .	3,558
Überweisungen an den grossen Rat	326
Ausführung von Drucksachenbestellungen . . .	3,380
Legalisationen	22,836
Veröffentlichungen im deutschen Amtsblatt . .	544

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte zirka 1100 Geschäfte der Direktionen und des Grossen Rates und zirka 800 des Regierungsrates sowie eine grosse Zahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Das Staatsarchivariat hat der Staatswirtschaftskommission auf Verlangen ihres Präsidenten einen ausführlichen Bericht über die räumlichen und dienstlichen Verhältnisse des Staatsarchivs eingereicht. Diese sind vor dem Grossen Rate erörtert worden, und es kann hier auf die bezüglichen Verhandlungen verwiesen werden. (Tagblatt des Grossen Rats 1924, S. 413, und Beilagen S. 308.) Weil das Staatsarchiv schon wiederholt, zuletzt im Jahr 1917, und neuerdings jetzt, auf bessere Zeiten vertröstet worden ist, sei es gestattet, aus seinen Schätzen eine treffliche Wegleitung auszugraben, welche Finanzdirektor Alfred Scheurer im Jahr 1878 gegeben hat, da er mit seiner Wahl in den Regierungsrat sich der Aufgabe gegenüber sah, die Finanzen des Kantons zu rekonstruieren: «Möglichste Beschränkung der Ausgaben und Erzielung von Ersparnissen, wo es ohne Verletzung gesetzlicher Verpflichtungen und ohne Reaktion auf wirtschaftlichem und idealem Gebiete, die das Bernervolk nicht will, tunlich ist.» Das Staatsarchiv als Heimstätte der bernischen Geschichte mag wohl dem letztgenannten Gebiete zugerechnet werden.

Im Berichtsjahr sind, abgesehen von etwa 250 Kauf- und Dienstbarkeitsverträgen, Konzessionsurkunden usw., grössere Ablieferungen seitens der Direktionen und Bezirksarchive nicht erfolgt, was auch nicht möglich gewesen wäre, da die vorhandenen Lagerräume noch immer stark belegt sind. Eine wichtige Aktensammlung aus der Zeit des Wienerkongresses, die vor etwa 80 Jahren durch die Unvorsichtigkeit eines sonst vortrefflichen Historikers dem Archiv entfremdet wurde und die infolge des Weltkrieges höchst eigenartige Schicksale erfahren hat, konnte zurückgekauft werden. Erworben wurden auch 230 Pergamenturkunden des 16./18. Jahrhunderts aus dem ehemaligen Fürstbistum Basel, die seit der Revolution von 1792 von Hand zu Hand gegangen waren. Die Sektion Bern des S. A. C. schenkte dem Archiv ein Kassabuch oberländischer Bergwerke (1803/35). Es wurde ihm auch eine Sammlung von Druckschriften über das bernische Armenwesen, die Regierungsrat K. Schenk angelegt hatte, von der Familie des verdienten Staatsmannes zugewendet. Diese und mehrere andere Büchergeschenke seien bestens verdankt.

Hinsichtlich der Gemeindearchive ist als vorbildlich zu erwähnen, dass durch Vertrag zwischen der Einwohner- und der Bürgergemeinde Thun dort als besondere Abteilung der Stadtverwaltung das «Historische Archiv Thun» errichtet worden ist. Seine auch für die allgemeine schweizerische Geschichte sehr wichtigen Bestände sind der Pflege und Obhut von Bibliothekar Dr. C. Huber anvertraut worden, der sich bei den Reorganisationsarbeiten mit dem Staatsarchivariat in Verbindung gesetzt hat.

Eine Statistik über die Ein- und Ausgänge, die Besucher und die Auskünfte wurde nicht geführt, weil das Personal sonst reichlich genug beansprucht war. Neben der täglichen Bedienung der behördlichen und privaten Archivbenützer wurden die Sichtungsarbeiten von früher eingelangten Beständen aus Bezirksarchiven energisch fortgesetzt, namentlich in den Gruppen: Missiven, Kreisschreiben, Prozeduren und Druckschriften. Die rund 1200 Stück umfassenden Pergament- und Papierurkunden des Insepsitals und des Ausserkrankenhaus wurden mit Anmerkung ausgewählter Siegel neu inventarisiert und bezeichnet, ebenso die zugehörigen Urbarien. Einige Hundert seit Jahren bloss eingelagerter Urkunden (Geschenke, Ankäufe sowie «verirrte Stücke») wurden bestimmt und mit Regesten versehen in drei Hauptabteilungen nach Daten oder Stichwörtern eingereiht. Dabei ergaben sich verschiedene Ergänzungen für die Weiterführung des bernischen Urkundenwerkes. Die Reorganisationsarbeiten in den Abteilungen: Regierungsratsakten, Unterrichts- und Kirchenwesen 19. Jahrhunderts fanden ihre Fortsetzung, ebenso die Revision verschiedener Abteilungen der Bibliothek. Im ehemaligen fürstbischöflich-basel'schen Archiv wurden namentlich die Abteilungen A 19—29: Capitula ruralia, umfassend sämtliche Pfarreien der alten Diözese Basel, reorganisiert, ferner einige Gruppen der adeligen Lehen. Die letztere Arbeit ist sehr umständlich, weil die vielen mit Siegeln versehenen Pergamenturkunden nach Anfertigung eines Rückweiser-Blattes besonders verpackt und versorgt werden müssen. — Leider nimmt die

Staubplage namentlich im Käfigturm infolge des grossstädtisch werdenden Strassenverkehrs immer mehr zu.

Für amtliche Zwecke erstattete das Staatsarchivariat über folgende Angelegenheiten Berichte und Gutachten: Eigentumsansprüche des Staates am Öschinensee (2. Bericht); Verhältnisse der Dorfbürgergemeinde und der Rechtsamegemeinde von Wynigen; Entstehung des burgerlichen Nutzungsgutes von Seedorf und der Bürgerallmendteile von Schüpfen; Tellopflicht des Staatswaldes Than bei Rüeggisberg; Fischereirecht im Stürmenbach oberhalb Laufen; Baugeschichte der Kirchen zu Bleienbach und Schwarzenegg; Eigentum an der Lüttschnebrücke bei der Kirche zu Gsteig bei Interlaken. Für historische Arbeiten wurden umfangreichere Nachforschungen angestellt in folgenden Gebieten: Entstehung des Coutumier der Waadt von 1577; Gerichtsordnung in den Freibergen; Ausbildung des Salzregals; Anfänge des Versicherungswesens usw. Das eidgenössische statistische Bureau bearbeitete unsere Materialien über die bernischen Viehzählungen des 18. Jahrhunderts. Eine amerikanische Gesellschaft liess auf eigene Kosten Nachweise über bernische Auswanderer vor 1800 sammeln. Die Orden der Dominikaner, Jesuiten und Kapuziner waren ebenfalls unter den Archivbenützern vertreten, und mit einer sorgfältigen Historikerin in einem französischen Frauenkloster wurden wie schon früher Fragen der bernischen Politik des spätern 16. Jahrhunderts brieflich erörtert. Alltägliche Gäste waren auch die Wappensucher; denn dieser feudale Artikel ist jetzt bei uns zu Stadt und Land hoch in der Mode, was vom Standpunkt des Kunstgewerbes aus zu begrüssen ist. Auf die von zünftigen Historikern vorgenommenen Forschungen kann des Raumes wegen nicht eingetreten werden.

Bern, den 24. Februar 1925.

Der Regierungspräsident:

Tschumi.

Vom Regierungsrat genehmigt am 25. März 1925.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**

